

16.09.2026

Stellungnahme zum Ergebnis der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt

Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik hat eine vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextremistisch eingestufte Partei eine Landtagswahl gewonnen. Zwar erreichte die AfD in Sachsen-Anhalt nicht die absolute Mehrheit, nach aktuellem Stand wird sie aber den Ministerpräsidenten stellen und an der Regierung beteiligt sein. Das hat weitreichende Folgen für die Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen sowie für alle engagierten Menschen vor Ort, die nicht in das Weltbild der AfD passen.

Schon im August 2026 machte die AfD mit ihrem Antrag zur Neuausrichtung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes klar, dass sie die Erinnerungskultur, und dabei insbesondere das Gedenken an die Zeit des Nationalsozialismus und der SED-Diktatur, zu Gunsten einer Fokussierung auf einen positiven deutschen Geschichts- und Heimatbegriff umbauen möchte. Diese Erkenntnis ist nicht neu. Was bisher stets als zum Teil verbale Ausrutscher einzelner Parteifunktionäre weggeredet wurde, wird mit dem Antrag nun erstmals von der Bundespartei veröffentlicht. Die AfD macht damit auf Bundesebene deutlich, was aus dem Landesverband Sachsen-Anhalt bereits bekannt ist. Sie will ein völkisches Geschichtsbild etablieren und die NS-Verbrechen durch die Einbettung in eine vermeintlich multiperspektivische Geschichtserzählung relativieren.

Diese Entwicklung ist mit Blick auf den Ausgang der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt besorgniserregend. Die AfD und ihre Sympathisanten treten mit steigenden Wahlerfolgen lokal wie überregional immer lauter auf und stellen das Gedenken an die Opfer der Verbrechen des NS-Regimes zunehmend öffentlich infrage – in Parlamenten, im gesellschaftlichen Diskurs, aber eben auch in den Gedenkstätten vor Ort. In Sachsen-Anhalt schlug die Landtagsfraktion der AfD 2017 die Einrichtung einer Gedenkstätte für die Opfer der Bombardierung im Zweiten Weltkrieg vor.

Mit dem Wahlerfolg in Sachsen-Anhalt wird der Druck auf die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, die einzelnen Gedenkstätten, Demokratie- und Geschichtsvereine vor Ort sowie Erinnerungsinitiativen größer. Bereits 2017 hat die sachsen-anhaltische AfD beabsichtigt, die landeseigene Gedenkstättenstiftung aufzulösen. Es ist zu befürchten, dass dieses Vorhaben umgesetzt wird, wenn die AfD die Landesregierung stellt. Auch einen Umbau der Landeszentrale für politische Bildung hatte die Partei bereits ins Spiel gebracht. Die AfD greift damit die Grundpfeiler der historisch-politischen Bildung in Deutschland an.

Eine offene, demokratische und pluralistische Gesellschaft braucht historisch-politische Bildung, sie braucht ein umfassendes, differenziertes Geschichtsverständnis und Gedenkstätten als authentische Orte der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit.



Die Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen zur NS-Zeit in Hessen steht fest an der Seite der Kolleg:innen in Sachsen-Anhalt. Sie unterstützt die Forderung nach einer rechtlichen Absicherung durch Bund und Länder, um die kritische und unabhängige Gedenkstättenarbeit in Sachsen-Anhalt zu schützen.

Für den Sprecher:innenrat

Thomas Altmeyer, Dr. Ann Katrin Düben, Dr. Katherine Lukat, Judith Sucher